

zu betreiben. Die Richtung dieser Politik ist durch die geographische Lage der beiden Länder gegeben: Vor allem Südrussland ist ja nicht nur ein Vorkontinent befestigt und nicht bloß ein ungarisches Problem interressiert, sondern es ist zugleich ein Staat, der auf dem Balkan lebenswichtig und von Moskau her nicht zu missende Interessen besitzt. Und dort hat sich in letzter Zeit manches geändert. Die Türken- und Griechenländer haben sich mit einander verständigt. Südrussland und Griechenland sind einander näher gekommen. Selbst die erbitterte Feindschaft zwischen Bulgarien und Südrussland scheint einem neuen balkanischen Gemeinschaftsgefühl weichen zu wollen. Unter der Parole: Der Balkan den Balkanvölkern bereitet sich dort ein Zusammenfluß vor, der eine durchaus deutliche Spitze gegen die Furchen der europäischen Großmächte trägt, das politische Bild des europäischen Südkontinents nach ihren Wünschen und Absichten zu formieren.

Roch ein anderer Punkt ist hier zu erwähnen: Rußland ist trotz seiner inneren Schwermüdigkeit und trotz seiner Ketten in Unruhe und in der Nähe der Welt, und es ist ein wichtiger Faktor im jenseitigen europäischen Raum wieder als mitwirkender Faktor erschienen. Unter wesentlicher Beihilfe Polens hat der Sowjetstaat durch eine Serie von Richtungsgriffen den „Anstoß nach Westen“ gefunden. In Warschau gilt sein Wort; und im Baltikum wie auf dem Balkan hat er angefangen, seine diplomatischen Fäden zu spinnen. Er hat aus dem Westrücken, das die Politiker aus Paris, Warschau und Rom, begriffen von ihren Kollegen aus den Hauptstädten der jenseitigen europäischen Kleinststaaten, ein Netz von Druck- und noch mehr von Mißtrauen gegeneinander, im vergangenen Jahre noch dem Krenel verankert haben, den zu erwartenden diplomatischen Rufen entgegen. Jeder Westländer hat geglaubt, seine guten Beziehungen zu Moskau gegen die Anderen auszuspielen zu können; aber im Grunde weiß keiner von ihnen, wie hoch er den Moskauer Gewinn in seine politische Rechnung einleihen darf. Das Ergebnis ist, daß die Sowjets, die ursprünglich noch nichts anderes als die eigene Sicherheit gemeint haben,

lahen anfangen, als Garantien für die Sicherheit der Anderen eine Rolle zu spielen.

Was Polen anlangt, so scheint ihm die eben gekennzeichnete gegenwärtige Lage im Osten nicht geeignet, sich irgendwo festzusetzen und bindend zu äußern. Es hat daher nicht übersehen, daß die Erklärungen zur polnischen Außenpolitik, die Oberst Beck am 8. Dezember vor der Außenkommission des Senats hatte abgeben wollen, zunächst einmal auf unbestimmte Zeit vertagt worden sind. Es kommt Polen sehr darauf an, die Dinge, die sich im Osten zu gebahrt haben, erst einmal etwas ausreizen zu lassen; und es erwartet wohl, daß die bevorstehende Tagung des Volkskongresses, auf der Oberst Beck den Vorfall führen wird, diesen Politikproseß begünstigen und beschleunigen wird. Vor allem will Polen erst einmal eine endgültige und klare Stellungnahme der Westmächte zur Volkskongress- und Abwehrungsfrage abwarten. Es will, bevor es sich Westwärts gegenüber auf einen bestimmten Kurs eindeutig festsetzt, Spießfeld darüber haben, welche Rolle dem Volkskongress in Zukunft bei der Entwicklung der politischen Selbstheit Europas noch zuzulassen wird. So ist Oberst Beck nach Genf abgereist, — nicht ohne vorher nach allen Seiten die Verbesserung der freundlichen Stimmung Polens abgegeben zu haben. Auch in Deutschland hat er unter der Aufsicht des „Pariser „Exceller“ einige freundliche Worte gerichtet: „So unserer großen Befriedigung haben sich die deutsch-polnischen Beziehungen geöffnet. Ich fürchte aber, daß sich in der Beurteilung dieses Vorfalles durch die europäischen Öffentlichkeit eine bewußte Haltung gewisser Staaten einmischt, die der Auflösung sein, daß deutsch-polnische Schwierigkeiten zum häufigen Programm jeder internationalen Verformung gehören müssen.“ Es wird so sein, was Oberst Beck in Genf unternehmen wird, um die Staaten, die er im Auge hat, vor allem Frankreich, vom Gegenteil, nämlich von der Möglichkeit und dem Wert einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen, zu überzeugen. Dr. Reudel .

Die baltischen Staaten im Jahre 1933.

„Es kann nicht anders sein, als daß jedes Volk der deutschen Volkgruppen draußen einen Widerhall im Reiche findet.“ Ruodolf Heß

Das Baltikum hat als deutscher Volkstum im Verlaufe seiner Geschichte wiederholt eine hohe Aufnahmefähigkeit für neue und umwälzende geistige Strömungen des deutschen Mutterlandes bewiesen. Es war daher gar nicht denkbar, daß eine so grundlegende Umstellung der Volksseele, wie sie in der nationalsozialistischen Revolution des deutschen Volkes zutage getreten ist, am baltischen Menschen spurlos vorbeigehen konnte. Im Eintritte der nationalsozialistischen Bewegung, ist jedoch Vetter und Ehen, die Tugenden dieses Vorgehens bei ihren deutschen Heimatgenossen gefunden sind, eine Gefahr für den eigenen Staat und die schwer erkaufte Selbständigkeit. Die Gehlossenheit und Einheitlichkeit der nationalsozialistischen Haltung zwingt ihnen hohe Achtung ab, läßt sie jedoch befürchten, die Entfaltung einer nationalsozialistischen baltischen Volksgemeinschaft würde zu einem Staat im Staate führen. Wiederholte Rundgebungen der Presse und Sprechungen führender Persönlichkeiten, die Erneuerungsbewegung würde an der baltischen Überlieferung selbst, baltische Politik stets nur mit dem Gesicht zum eigenen Lande zu treiben, und baltischer Nationalsozialismus wäre eine durchaus eigenmächtige und auf heimatischen Gegebenheiten beruhende Bewegung, konnten eine Entspannung nicht herbeiführen. Die Staatsgefährlichkeit der neuen Gedanken stand für Vetter und Ehen ein für allemal fest und danach wurde gehandelt.

Auch nach Abgang des lettlandischen Bildungsministers Rechinich, der sich durch wiederholte Angriffe auf das deutsche Schulwesen einen Namen gemacht hat, sind die deutschfeindlichen Vorkämpfe nicht abgerufen. In den Deutschen bisher gewählte staatliche Unterstützung für Sachschulen ist gestrichen worden, im Parlament ist es sogar zu einem Antrag gekommen, den Deutschen allein die Schulverwaltung zu übertragen. Die anderen Nationalitäten (Russen, Polen und Juden) sind im unbedenklichen Genuß ihrer Selbstverwaltungsrechte verbleiben sollten. Die immer zunehmende Sympathie und der organisierte Völkereifer gegen das deutsche Volkstum führte schließlich zu „Polizeimaßnahmen gegen die völlig unpolitische Gefinnungsgemeinschaft der „Baltischen Brüder“. Es konnte geschehen, daß auf einer Tagung lettischer Schullehrer mit allen gegen 5 oder 6 Stimmen die Schließung aller deutschen Schulen verlangt wurde, ein Verlangen gegen die Schulen der anderen nichtdeutschen Nationalitäten jedoch mit derselben Stimmeneinheit Ablehnung fand. Gegen Ende des Jahres war durch das immerwährende Ansehen des Deutschenbundes eine derart unerträgliche Lage geschaffen worden, daß die deutsche Fraktion im lettlandischen Parlament sich veranlaßt sah, an die Staatsregierung die Forderung zu stellen, eine Unterdrückung gegen die Hebräer einzuleiten. Es sollte endlich einmal Klarheit geschaffen werden, was an den vorgebrachten Verhuldigungen Wahrheit und was Verleumdung ist, um die Verleumdung dann zur Rechenschaft ziehen zu können. Bereits im neuen Jahr

haben dann Verfolgungen gegen die Führer der baltischen Nationalsozialisten in Lettland eingesetzt.

In Estland hat es gleichfalls nicht an Anfeindungen des deutschen Bildungswesens gefehlt. Häufige Revolutionen deutscher Schulen mit dem Zweck, staatsfeindliche Regungen aufzudecken, und mißrätliche Maßregelungen deutscher Schullehrer sind erfolgt. Angeblich aus Sparmaßnahmsgründen sind deutsche Schulklassen und ganze Schulen aus dem staatlichen Schulhaushalt gestrichen worden. Die Übernahme der Führung der Deutschbaltischen Partei durch die Baltische Nationalsozialistische Bewegung hat dann der estländischen Regierung die Veranlassung gegeben, mit einer Klage gegen Polizeimaßnahmen in gegen die Deutschheit im Lande vorzugehen. Dieses Vorgehen ließ den Zeitungskrieg gegen das Deutschland zu einem Orkan anschwellen. Es richtete sich in erster Linie gegen die führenden baltischen Nationalsozialisten, außerdem aber auch gegen die Angehörigen der Baltischen Brüderfraktion.

Die Baltische Brüderfraktion ist keine politische Organisation und entfaltet keine politische Tätigkeit. Sie ist eine Gelinnungsgemeinschaft auf christlich-evangelischer Grundlage. Sie sucht zu ihrem Ende die geistige Einheit des Deutschbaltentums zu erhalten und zu erneuern und dazu beizutragen, daß gefährdete zeitliche Bindungen gemindert und gelöst werden, die Bindung der Familie, an den heimatischen Boden, die Vereinstätigkeit, die Dienst- und Ortsloyalität die Gefährdung in der Erfüllung der Aufgabe am besten nachzukommen durch den Zusammenfluß gleichgesinnter zu einer festen brüderlichen Gemeinschaft. Sie glaubt auf diesem Wege nicht an ihren Volkstum, sondern auch der gemeinsamen Heimat der Deutschen, Vetter und Ehen zu dienen. Sie bejaht einen selbständigen lettlandischen und einen selbständigen estlandischen Staat. Es ist daher selbstverständlich, daß die Baltische Brüderfraktion die Gelöbnisse des durch die Schicksalsereignisse der Jahre 1918/19 auf drei Staaten, das Deutsche Reich, Estland und Lettland erteilten Baltentums zu erfüllen sucht. Schon aus dieser überörtlichen Stellung ist es verständlich, daß die Brüderfraktion mit politischen Aufgaben, also an ein bestimmtes Land gebundenen Politik, nichts zu tun hat. Sie überläßt die politische Tätigkeit jedem einzelnen ihrer Mitglieder, der dafür allein und selbst die Verantwortung trägt. Es ist von diesem Standpunkt her auch gleichgültig, ob die Leitung der Brüderfraktion in Deutschland, in Estland oder in Lettland sich befindet. Man sollte sich auf lettlicher und estländischer Seite angesichts der an sich immer gefährdeten Lage dieser Staaten am Rande des bolschewistischen Rußland überlegen, mit welchen Kräften im Sinne einer Staatsregierung und einer Abwehr des Bolschewismus gearbeitet werden kann, und

Bis zum müssen Neubestellungen auf unser „Dienst“ für Februar März ausgehen werden. — Setzplatz erforderlichen Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für 2 Monate beträgt 1,00 M. (ohne Zustellungsgeb.).

sollte diese Kräfte entsprechend einwirken und behandeln. Die baltische Arbeiterfront muß in diesem Zusammenhang als ein organisiertes Element in der baltischen Bewegung angesehen werden, deren deren Mitarbeit zur Sicherung des baltischen Raumes nicht zurückzuführen und deren unbefristete Tätigkeit dem einheits- und gemeinsinnlichen Staat gegenüber nicht durch unverantwortliche freie ökonomischer Profiteure angepaßt werden sollte.

Nicht minder kurzfristig sind die Verfolgungen, die die baltische Nationalsozialistische Bewegung betroffen haben. Daß diese Bewegung auf dem politischen Gebiet einsehen, die baltische Bewegung auf dem wirtschaftlichen ausgeführt werden ist, und zwar in einem Augenblick, mo dem der vorerwähnte Baum der baltischen Politik durch die neue Führung frische Lebensäfte zuströmt, ist nicht nur vom deutschbaltischen Standpunkte aus zu bedauern, sondern auch im Interesse des estnischen Volkes und des gemeinsamen Staates. Wenn der verheerete Völkler oder Edele das auch nicht verstehen und nicht zugeben will, so ist es doch für jeden Einseitigen mit der Hand zu greifen, daß nur im Zusammenwirken zwischen dem Lande seit über 20 Jahren gemeinsam zu bewohnenden Völkern das Ziel der Heimat liegt, nicht im Haß und im gegenseitigen Verneinungswillen, sondern in der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Diese Wahrheit erkannt zu haben und gleichzeitig fest entschlossen zu sein, die Verständigung zwischen Deutschen einerseits und Letten und Esten andererseits allen Vorurteilen, Haß- und Minderwertigkeitsgefühlen zum Trotz herbeizuführen, dazu haben sich bisher nur die baltischen Nationalsozialisten verstanden. Nur diese allein können eine solche Verständigungspolitik mit Erfolg betreiben, da sie am weitesten und durch die besten politischen Vorgänger nicht belästigt sind. Es ist verneinend, wenn man einseitig die der baltischen Bewegung die Hand ausschlagen hat. Das Schicksal des Landes ist damit wieder auf Kampf gestellt. Daß und Erörterung berührt zwischen den beiden Völkern, die das gleiche Recht auf die baltische Scholle haben.

Wie zu erwarten war, ist es der Staatspolizei beider Länder trotz großer Eifersucht nicht gelungen, gegen die baltischen Nationalsozialisten und die baltische Arbeiterfront ersthaltene belastende Material zu beschaffen, da die Anklage der benutzenden gerichtlichen Verfahrens in sämtlichen Fällen auf rein formalen Gesichtspunkten aufgebaut ist. Die Angeklagten werden sich vor dem Richter wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Vereinigung zu verantworten haben, die verneinend nicht eingetragen ist und deren Führung sich im Ausland befindet. In Bezug auf die baltischen Verhältnisse, während in auf baltischen Nationalsozialisten auch in formaler Hinsicht unzulässig ist, da deren Führung sich stets im Inlande befunden hat. Hinsichtlich auf ein nicht politisches, sondern ein heimatsortliches sind bei den polizeilichen Erhebungen nicht zutage getreten und konnte es auch gar nicht, von hoch- und landesverwaltenden Ämtern ganz zu schweigen, die eine gewisse Presse enthält haben wollte. Wenn auch die kommenden Prozesse wie das Rosenberg Schießen ausgehen sollten, was wahrscheinlich ist, so ist doch der baltischen Sache und damit der Sache der baltischen Staaten sehr wenig ein innerer Schaden zugefügt.

Das im Zentrum eben vor sich geht, ist eine Erneuerung **au Haupt und Gliedern**, die bitter notwendig ist. Ein deutsches Volklands ist bis zum heutigen Tage die von der Erneuerungsidee noch nicht ergriffene Vorgängerengeneration an der Führung, in Estland wird wohl daselbe Schicksal wieder den Führungsauftrag erheben, nachdem die allein zur Führung berechnete jüngere Generation anderer Gewalt hat weichen müssen. Wenn dann Vertreter der Baltentums von vorgeblich auf die Behauptung aufstellen, eine „unverantwortliche Jugend“ habe durch ihr Verhalten „zu Mißverständnissen“ geführt, die „Grundlagen der baltischen Bewegung“ in Gefahr gebracht, wie das bereits gesagt worden ist, so kann gegen eine solche Auffassung nicht in Frage gestellt werden. Ein Spruch erhoben werden. Das nicht mehr zur Führung berechnete berufene alte Geschlecht ist es, das unverantwortlich handelt, und die Zukunft des baltischen Volkstums liegt bei der jüngeren Kriegs- und Nachkriegsgeneration, die die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Die geborene Verdrängungswelle, mit der das Völkerringen des Weltkrieges im baltischen Raum einen Abbruch fand, traf auf ein Geschlecht, das trotz bester Überlieferung harten Schicksalsprüfungen nicht mehr gewachsen war. Wohl haben die Völkler mit der Waffe in der Hand dem östlichen Zerfallswillen des Bolschewismus Trotz geboten und wohl gelang es ihnen, mit ihren letzten und estnischen Heimatgenossen Söldner an Schulter das einbrechende kommunistische Chaos abzuwehren; in der darauffolgenden Friedenszeit jedoch fand der internationalistische demokratische Geist, in dessen Schöße die neuen Randvölker ihre Identität finden wollten, einen in Reiben des baltischen Volkstums Eingang. Sollte jemals wieder eine wahrhaft baltische Volkseinheitspolitik aufgebracht werden, so kann das nur geschehen, wenn der eingedrungene volksfremde und volkszerstörende Ungleich angesprochen und die Einheit im Namen einer neuen über-entwertet wird, die mit der altenwärtigen, wahrhaft deutschen Stammesüberlieferung in Einklang liegt. So konnte es geschehen, daß die Weltanschauung der deutschen Revolution bei vielen einem auslandsdeutschen Volksgruppe besonders aufnahmefähig gegenüber und Sinne fand, und zwar bei allen, die in ihrem Herzen Jung waren.

Die sich nun anbahnende zukunftsreiche Entwicklung sollte im estnischen Deutschland erfolgreicher durch als im Lettland und fand ihre Ende November 1935 am Ziel, als der baltische Nationalsozialismus in der politischen Organisation der estnischen Volkstums, der deutschbaltischen Partei, zur Führung gelangte. Es gelang dieses mit der freudigen Zustimmung der überwiegenden Mehrheit aller Baltischen Estlands. Die Gesamtführung des estnischen Volkstums war damit in die Hand des einheimischen nationalsozialistischen Führers gelangt und die erstbeste baltische Volksgemeinschaft ist, für Estland wenigstens, ins Leben getreten. Die baltische Bewegung, so hoffte man, würde sich abheben. Seit diesem Zeitpunkt folgten. Einer förmlichen Gewässerwirkung seitens der estnischen Heimatgenossen, in deren Händen die Staatsgewalt liegt, verlor man sich nicht, da bei den Esten gleichfalls eine Erneuerungsbewegung entzündet war, die noch im Oktober bei einer Volksabstimmung einen höchst eindrucksvollen Sieg erfochten hatte. Man hat daher Grund zur Annahme, daß das estnische Volk in seiner Mitarbeit dem Erneuerungsgedanken auch bei den Deutschen nicht mehr so ablehnend gegenüberstehen würde wie bisher. Das größte in der deutsche Estlands, die „Revallische Zeitung“, der man in ihrer Vergangenheit eine Vorliebe für den baltischen Nationalsozialismus zu überlegen nachzusehen konnte, mußte zugeben, daß die baltische Einigung einleuchtend geworden sei. In einem „Der Weg der Zukunft“ überdrückten Leitartikel verhielt das Blatt: „Wir Deutschen des Landes werden nunmehr im „Glauben an die Zukunft“ und voller „Mut zum verantwortungsbewußten Handeln ... gemeinsam die ersten Schritte auf dem für uns alle gleichen Wege in die Zukunft gehen.“ Im Besonderen, das gesamte Volkstum des Landes unter sich zu haben, die neue Führung an, das Verhältnis zwischen Deutschen und Esten im Sinne eines ständigen Zusammenwirkens der beiden Völker einer Neugestaltung zu unterziehen. Der nationalsozialistische „Aufstieg“ schreibt dazu: „Die beiden Stämme würden sich „über ein Erklärungsabkommen“ und „Mißverständnisse hinweg ... von Volk zu Volk die Hand reichen“ und wir Deutschen würden dann „Verständnis und Achtung finden für unsere deutsche Aufgabe im estnischen Volkstum.“

In diesen verheißungsvollen Anfang hatte die hemmungslos befreite baltische Seite hinein, forderte und erwiderte den Einfluß sozialistischer und kommunistischer baltische Erneuerung und letzte ihr vorläufig ein Ziel. Man hatte baltischerseits die maßgebende Einwirkung der einen neuen Nationalismus erdrückten estnischen Freiheitskämpferbewegung auf den Bolschewismus beherrschend „Prozessante und Parteipolitiker unterstellt. Welch eine Verwirrung in das baltische Volkstum inbilden durch die nun erfolgte amtliche Kennzeichnung des baltischen Nationalsozialismus als staatsfremd hineingetragen wurde die Bewegung, das baltische Volkstum, ein Vorgang, der auch aus Gründen der völkischen Disziplin der sonst verdienten Vergegenheit entziehen werden soll.

Als die neue Führung noch mitten im Kampf gegen übermächtige Größen im die kaum ertragene Stellung fand, hatten 27 deutschbaltische Männer den traurigen Mut, ihrer Führung und damit ihrem Volkstum in den Rücken zu fallen. Sie veröffentlichten einen Aufruf in dem sie, schwer beunruhigt durch die politische Lage, die sich durch die Einführung der neuen Führung ergeben hatte, eine sofortige Verjüngung der „Rechter Parteiorganisation“ beantragten sowie „Stellungnahme zur Tätigkeit des Zentralverbandes der deutschbaltischen Partei“. Das hier unter den benannten Umständen nichts anderes, als der mit dem estnischen Volkstum im Kampf befindlichen Staatsgewalt beizugehen zu wollen, daß es deutsche Kreise im Lande gibt, die bereit sind, mit Gegnern der baltischen Volksgemeinschaft gemeinsame Sache zu machen. Der „Sneek, eine kleine deutsche Splittergruppe, die mit der Erneuerungsbewegung nicht übereinstimmt, vor den überdehnten Folgen einer etwa zu beschleunigten estnischen Volkserneuerung zu erschrecken. Ist nicht geeignet, das hier angesprochene Gebiet zu unterbreiten. Die 27 Männer des Volkshofes vom 2. Dezember werden in der baltischen Geschichte keine gute Figur machen.

Die Lage des baltischen Volkstums ist in beiden baltischen Staaten um die Jahresende keine denkbare, da die Gefahr fortgesetzter Verdrängungen noch nicht behoben ist. Die Hauptursache dieser unerfreulichen Erscheinung ist hierüber in außenpolitischen Vorgängen zu suchen. Hier liegt auch der Schlüssel zu der Tatsache, daß die Deutschenverfolgungen gerade im vorangegangenen Jahre 1933 eingeleitet haben. Die Völkler der baltischen Randvölker haben die wiedererwachte Aktivität der deutschen Politik und führten für ihre baltische Selbständigkeit und ihr völkisches Eigenbild, da sie, ihre Kenntnisse über das neue Deutschland lediglich auf gemischte Quellen stützend, sich über die Ziele und Absichten der neuen deutschen Bewegung nach Osten gänzlich abwegige Vorstellungen machten. So wohl Letten als auch Esten sind immer noch, trotz hingeworfener Erklärungen von maßgebender reichsdeutscher Seite und trotzdem die Politik des Reiches dazu nicht den geringsten Anlaß gegeben hat, vor selten Übergang, der Nationalsozialismus in Deutschland nur ein „nationalsozialistischer, reaktionärer, machtpolitisch und gewalttätiger preußischer Junkertum und Militarismus“, wie ihn die Grenzpropaganda der Feindmächte des Weltkrieges als Vorbild in die Hand gemalt hatte.

Danzig und Polen.

In dem halbtauglichen Blatt der polnischen Regierung, der „Gazeta Polska“, fand sich eine Reizwortschmähung zur Entwidlung der Danzig-polnischen Beziehungen im vergangenen Jahre, die Beachtung verdient, weil hier die unangeführte Zufriedenheit Polens mit dem Gange der Dinge zum Ausdruck kommt und das Verdienst des Rationalsozialismus um die Sicherung und Festigung des Friedens in diesem ehemals belagerten, gefahrbedrohenden, wirtschaftlich-transportpolitisch wichtige, aber verfallene Gebiet anerkannt wird. Es heißt in diesem Artikel u. a.:

„Danzig, das in den vergangenen Jahren Polen die Ausnutzung seines Territoriums zum Meere erschwert hatte (?) und gleichzeitig eines der ernstlichsten Hindernisse auf dem Wege zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der polnischen und deutschen Nation gewesen war (?), indem es freiwillig die Rolle einer Vorhut des deutschen Revisionismus gegen Polen gespielt hatte, hat unter der nationalsozialistischen Leitung die Front geändert; es stellte sich auf den Boden der beliebenden und vereinfachten Verträge und begann auf dieser einzigen realen Plattform eine neue Zukunft für sich zu bauen. Der Danziger Abschnitt des internationalen Lebens, der noch in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres von Reimen ersehnter Zukunftskonflikte erfüllt schien, stellt sich daher heute auf dem Hintergrund der über dem weltlichen Europa lebenden Völker als Oase der Ruhe und des Gleichgewichts dar.“ Die Ursache dieser Erleuchtung, heißt es dann, liege „im Wesen des Rationalsozialismus, doch nicht jenes Rationalsozialismus, der in der Sprache von Hitlers Machterobernahme die Grundrissen des republikanischen Deutschlands erschütternd, im Verhältnis zu seinen politischen und nationalen Wagnern Eroberungsstendungen an den Tag legt, sondern des tatsächlichen Rationalsozialismus, der sich bemüht, seiner Außenpolitik ein friedliches Gepräge zu geben. Auf dem Gebiete der Freien Stadt ist der Vertreter dieser zweiten Richtung, Dr. Raushning, der seine nationalen Bestrebungen mit dem für die Freie Stadt vornehmlichen Rechtsstande zu vereinbaren weiß, und in diesem Gebiete auf die letzten Schritte seiner Partei, die nicht immer zur Mäßigung neigt, einwirkt.“

Wahrscheinlich werden hinsichtlich der Danzig-polnischen Beziehungen von der „Gazeta Polska“ auch in Zukunft die Aussagen über die Verfassung der Freien Stadt sei nun „Certain für gewisse Experimente“ gemacht werden, als deren Objekte das „Blatt fernerdenweise die in Danzig lebenden Polen betrachtet. Gemeint sind mit diesen „Experimenten“ offenbar die Maßnahmen des Senates auf dem Gebiete des händlichen Aufbaues der Danziger Wirtschaft und die möglichst vollständige Zerlegung des alten, die innere Geschlossenheit des Danziger Volkstums störenden Parteiensystems. Wenn die „Gazeta Polska“ sich hier beanrügt zeigt, so ist es wohl nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß der völlige Neubau des politischen und wirtschaftlichen Lebens im nationalsozialistischen Sinne in Danzig, nicht anders als im Reich, einen notwendigen und natürlichen, nationalsozialistischen Friedenspolitik bildet, mit der sich das Blatt selbst „ganzlich einverstanden erklärt. Bedenklich erscheint es der „Gazeta Polska“ meier, daß die Danziger RSDAP, darauf abzielen scheint, den Einfluß des Völkerbundes auf den Gang des Danzig-polnischen Zusammenlebens zu vermindern“. Abschließend stellt das polnische Regierungsblatt dann jedoch noch einmal ausdrücklich fest, „daß der deutsche Rationalsozialismus auf die Entwicklung des Danziger Lebens einen unverwundlichen Einfluß ausgeübt hat... und daß der neue Area der Danzig-polnischen Beziehungen... die Bedingungen zu einer für eine lange Zeitpanne berechneten Verhandlung geschaffen worden sind“.

Kann man also feststellen, daß Polen nach seinem eigenen Eingeständnis allen Grund hat, mit der Entwicklung seiner Beziehungen zu Danzig während des letzten halben Jahres vollauf zufrieden zu sein, so liegen die Dinge, was Danzig anlangt, noch wesentlich anders. Zwar wird auch von Danziger Seite die Tatsache freudig begrüßt, daß es gelungen ist, mit Polen in direkte Verhandlungen zu kommen und dem gegenseitigen Verhältnis seine gefährliche Schärfe zu nehmen. Auf eine praktische Auswirkung dieser freundschaftlichen Beziehungen auf dem für die Freie Stadt so wichtigen Gebiete aber merkt Danzig bis heute vergebens. Im Oktober 1933 trat das Danzig-polnische Hafenabkommen in Kraft, von dem Danzig sich mit Recht eine günstige Wirkung auf die weitere Entwicklung seines Hafens versprach, da in diesem Abkommen ja nicht nur ein bestimmter Mindestgüterumschlag für Danzig, sondern auch eine gleichmäßige Verteilung des polnischen Seefahrtverkehrs auf die beiden Häfen Danzig und Gdingen garantiert worden war. Die wirtschaftliche Entwicklung infolge dieses Hafenabkommens ist aber noch nicht der Anteil Danzigs am fernwärtigen Außenhandel Polens hat in den Monaten Oktober bis Dezember 1933, also im 1. Vierteljahr nach Inkrafttreten des Hafenabkommens, 47,3 v. H. betragen. Danzigs Anteil an der fernwärtigen Ausfuhr Polens betrug in dieser Zeit zwar 50,3 v. H., sein Einfuhranteil jedoch nur 23,4 v. H. Es muß abgemerkt werden, ob die im Dezember gegenüber den beiden Vormonaten eingetretene Steigerung des Umschlages von Danzig sein wird.

Auch in anderen Angelegenheiten, an deren Vereinigung Danzig viel liegt, wurde seit dem Beginn der Verhandlungsaktion kein Fortschritt erzielt. In der Frage der Danziger Eigenkontingente z. B. ist es bisher zu keiner Lösung gekommen; die Einfuhr von Waren Danziger Ursprungs wird nach wie vor von polnischer Seite behindert, während andererseits Warchau in dem notwendigen Schutz der Danziger Wirtschaft gegen die Schutzwirtschaftigen Waren eine „unzulässige Maßnahme“ des Danziger Senates erlirbt. Wie einmüßig, ist die Regelung des Marktertrages in Danzig (insbesondere der Erlös des Danziger Milchgeschäftes) von polnischer Seite mit einer Verordnungs über die Einfuhr von Grenzkontrollen beim Import Danziger Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände nach Polen beantwortet worden. Es ist glücklicherweise gelungen, die hierdurch drohende Verschärfung der Beziehungen zwischen der Freien Stadt und Polen zu vermeiden. In den Verhandlungen, die Senatspräsident Dr. Raushning in Mitte Dezember in Warchau mit Marschall Piłsudski und einigen anderen Mitgliedern der polnischen Regierung gehabt hat, ist erneut der grundsätzliche beiderseitige Wille zur politischen Verständigung und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit festgelegt und bekräftigt worden. Aber — wie gesagt — die erhofften günstigen Rückwirkungen dieser Aktion auf die Danziger Wirtschaft lassen sich fürchten.

Wenn sich die wirtschaftliche Lage der Freien Stadt in den letzten Monaten gebessert hat, wenn j. B. die Arbeitslosigkeit erheblich herabgedrückt und ihr winterliches Wiederanstreigen in mäßigen Grenzen gehalten werden konnte, so ist das nicht darauf zurückzuführen, daß Polen etwa die Fesseln, die es der Danziger Wirtschaft auferlegt hat, gelockert und der Danziger Produktionsentwicklungsmöglichkeiten größere polnische Förderlande eingeräumt hat. Sondern dieser Erfolg geht ausschließlich auf die inneren wirtschaftlichen Aufbaumassnahmen der nationalsozialistischen Danziger Regierung zurück, die dabei teils dem Vorbild der Reichsregierung folg, teils aber auf manchen Gebieten bahnbrechend und für das Reich beispielgebend vorgeht. Für die großzügige Initiative, die die Danziger Rationalsozialisten auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Aufbaues erfaßten, ist ein besonders in die Augen fallendes Beispiel die in Auftrag gegebene Elektrizitätsanlage für Wallerhoff, die erste Anlage in der Welt, die nach dem Obem und Erdstrom, Dr. Lomaczekys dazu dient, den elektrischen Strom, der in den Zeiten geringer Inanspruchnahme als Überflutstrom billig zu beziehen ist, speicherfähig zu machen.

Die Kraft, die das Danziger Ostertum im Aufbau seines wirtschaftlichen Lebens bemitt, beruht trotz der scheinbaren Haltung Polens in der praktischen Durchführung seines häufig betonten Verhandlungswillens zu der Hoffnung, daß Danzig im begonnenen Jahre einer besseren Zukunft entgegengehen wird. Das Wichtigste ist erreicht: die Gefahr eines offenen Konfliktes mit Polen ist gebannt. Mit den parteipolitischen Querstreben roter und schwarzer Färbung wird der nationalsozialistische Senat fertig zu werden verstehen. Und das Ostertum in Danzig ist unter nationalsozialistischer Führung wohl auch stark genug, um die Konsolidierung des Polentums innerhalb des Freistaates in Kauf nehmen zu können, die im Zusammenhang der bisher feindseligen polnischen Lager im „Verbande der Polen“ seinen sichtbaren Ausdruck gefunden hat.

*

Der Danziger Völkerbundskommissar hat in zwei Streitfragen, die sich auf die polnischen Zollinspektoren in Danzig beziehen, Entscheidungen gefällt. In der einen Frage hatte die polnische Regierung eine dahingehende Entscheidung beantragt, daß die polnischen Zollinspektoren nicht der Gerichtsbarkeit der Danziger Gerichte unterliegen, sondern ausschließlich von Vorgängen handeln, die zu „Ausübungen der Amtstätigkeit der Zollinspektoren gehören. Der Völkerbundskommissar hat in seiner Entscheidung dem polnischen Antrage Rechnung getragen, jedoch ausdrücklich hinzugefügt, daß in allen anderen Fällen die polnischen Zollinspektoren der Danziger Gerichtsbarkeit unterliegen.

Im zweiten Falle handelt es sich um einen Antrag der Danziger Regierung, die sich dagegen wandte, daß die polnische Regierung unter Verletzung einer rechtskräftigen Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 23. Mai 1933 polnische Zollinspektoren und andere Personen, die nicht ausschließlich mit diplomatischen Geschäften betraut sind, auf die Liste des Personals der diplomatischen Vertreter Danzigs in Danzig gesetzt hatte. Die Danziger Regierung hatte den Völkerbundskommissar gebeten, zu entscheiden, ob berufliche Personen mit Ausnahme des Leiters des polnischen Post- und Telegraphenbureaus in Danzig und des obersten polnischen Zollinspektors in Danzig durch die Aufnahme in die Liste des Personals der diplomatischen Vertretung keine diplomatischen Rechte erwerben. Der Völkerbundskommissar hat dem Danziger Antrage durch die Entscheidung entschieden, daß die polnischen Zollinspektoren mit Ausnahme des obersten Inspektors nicht auf die Liste des Personals mit diplomatischen Charakter gesetzt werden dürfen.



Österreichische Geschichte ist deutsche Geschichte!

Wen den österreichischen Rundfunkhörer konnte man im letzten Jahre mehrfach des Abends Vorträge über Österreich in französischer Sprache hören, die dem aufmerksamsten oösterreichischen Hörer eine Fülle des Interessanten boten. Wenn auch nicht des Erstaunlichen! Denn was man hier hörte, das gehörte zu den ausgefeiltesten Kabinettstücken französischer auswärtiger Kulturpolitik. Da heißt's: O. eine Französin eines Vortrags über österreichische Kultur, die mit füllendsten Worten die so manchen reiflichen Franzosen Verwirrungen nach Österreich nachdrücklich empfahl. In diesem Zusammenhang geschah es, daß die französische Sprecherin die Völker aufzählte, die an der Donau siedeln: . . . les Allemands, les Autrichiens, les Hongrois ufm. Die Deutschen, die Österreicher, die Ungarn. . . Deutsche und Österreicher werden hier als zwei verschiedene Völker behandelt. Gefährlich gleitet die elegante französische Rede darüber hinweg, daß „Österreicher“ nur eine Bezeichnung der Staatsbürgerseel, eine Bezeichnung für die Jagdbarkeit zu einem bestimmten Siegelraum ist, während der Begriff „Deutsche“ die ganze deutsche Kulturgemeinschaft auslöst, auch die Österreicher, mit umfaßt. In diesem zwei Worten „les Allemands, les Autrichiens“ liegt das ganze Wunschbild der Gegner unserer Völkler begründet.

Wenn man für Gefahren, die dem Deutschland in österreichischen Raum drohen, das Wort „Verdeutschung“ geprägt hat, so könnte man dieses letzte Wunschbild der Gegner als „Verholländigung“ bezeichnen. Der Gedankengang der Gegenpartei unserer Völkler ist etwa der: Am 1. November 1918 erklärte das Staatsgremium der deutsch-österreichischen Republik, daß das deutsche Reich die Gemahd der Selbstbestimmungsrecht der Völkler wäre damit rechtlich der Zusammenstoß des deutschen Volksohns mit dem zusammengebrochenen Donaumonarchie mit dem Reich vollzogen gewesen. In den Jahren nach dem Krieg wurde das Verbot des Zusammenflusses zu beiden Seiten der Grenze als unerträglicher Druck empfunden, gegen den sich in mehreren Abkümmlungen die österreichische Bevölkerung vergeblich auflehnte. Wenige Jahre später wurde in Österreich das Wort „Zweitaler“ an ein Volk geprägt. Diese weislose Meinung in der Volksmeinung als in den harten Notwendigkeiten europäischer Politik begründete Entwicklung mag nun im Ausland die Auffassung herorgezogen haben, man könne Österreich immer mehr vom Reich und vom Volk abströmen, etwa über die Entwicklungslufen: „Zwei großdeutsche Staaten und noch ein Volk“ bis zum Abbruch der Grundbö, die ihren Ausdruck in der Uebse „Zwei Staaten und zwei Völkler“ finden würde.

Im Schmeren und bitteren Erfahrungen unserer Geschichte erkennen wir die Gefahren, die darin liegen, daß Teile ein und desselben Volkes sich zu sehr auseinander zu trennen. Die deutsche Geschichte hat es mehrmals den völklichen Gemeinschaftsleben gelungen werden, bis die Sonderentwicklung zur neuen Völkermehrung des abgegrenzten Teiles führt. Die Schweiz ist Beispiel dafür, wie sich in staatlich vom völklichen Staatsverband losgetrennten Landesanteilen eine eigene, starke Staatsaufstellung herausbildet, die die stärksten Entwicklungsunterschiede mit sich bringt. Noch deutlicher wird die Gefahr aus dem Beispiel der Niederlande, wo aus monnionförmigen Grünland sogar das Wesend der gemeinsamen Sprachgenossenschaft. Die zur selbständigen Sprache weiterentwickelte Mundart vollendet den Prozeß der Völkermehrung des Teiles und damit den Vorgang der Abspaltung vom Gesamtvolk. Ein großer Unterschied — und darin liegt für uns die Hoffnung, daß der Weg Österreichs weder die Verdeutschung noch die Verholländigung ist — besteht allerdings in der unterschiedlichen Einstellung der Vergangenheit und der Gegenwart zum Völklerbegriff. Im Zeitalter der Aufklärung verherrlichten Goethe und Schiller, beides vollendete Deutsche, den Aufstieg der Schweiz und der Niederlande in ihren Werken. Das menschliche Bewusstsein der Einheitsdialekt hat den Völkler vor den Lebensnotwendigkeiten der noch nicht zum Selbstbewusstsein erachteten Gesamtheit. Die erwachte Nation unserer Tage aber, erwaucht ohne Bindung durch staatliche Grenzen, getrieben von dem Gemeinheitschaftserlebnis der Geschichte, der Gemeinschaft von Blut und Boden, Geist und Schicksal, richtet das Handeln des einzelnen nach dem Guten, das es der Gesamtheit bringt. Dieses neue Denken, das man heute frecht nennt den Bewegungen der Zeitgenossen die ethische Rechtfertigung, die ihnen zum Beginn der Zeitzeit der Verfall der mittelalterlichen Ganheits-Auffassung gegeben hatte. Der gelassene Zug der Zeit steht gegen die Abspaltung, und deshalb wird sie nicht sein! Unter der einen Voraussetzung: Daß wir wachsen sind, daß wir den Ursachen der Gefahren nachspüren und die Ursachen bekämpfen.

Eine der schwersten Gefahren ist das Fehlen einer gemeinsamen völklichen Selbstbestimmung. Ein Volk, das zu keiner einheitlichen Wertauffassung über seine Vergangenheit gelangt, kann naturgemäß auch nicht einheitlich über die daraus herorgehenden Segenwart und über seine zukünftigen Ziele denken. Ein Bewusstsein des ganzen Volkes zu seiner Vergangenheit ist eine außerordentliche Kraftquelle für die Zukunft.

Sollt allen Völkern Europas außer dem deutschen ist der glückhafte Besitz eines gemeinsamen Geschichtsbildes, das ihrem politischen Handeln auch in der Gegenwart eine innere Sicherheit verleiht und sich nach außen in einem internationalen Sendungsbewußtsein äußert.

Im beschränktem Maße finden wir diese einheitliche Geschichtsauffassung bei den lässlichen Völkern, fürcker bei den Polen, ganz anseerprägt bei den Magyaren in der Zone der Stefanokrone. Die Franzosen denken fast alle gleich über ihre Geschichte, — mag es die der Könige, der französischen Revolution, die ihres großen Kaisers oder die der Republik sein. Die ungemöhnliche Kraft der französischen Kulturpropaganda mürzel in den Gedanken der französischen Revolution. Die Franzosen büßten sich als die ausserwählten Erzeuger der Menschheitsheiligkeit für die Auslandsverbreitung für die sie durch ihre französischen Revolution erlitten ihnen als eine Hebung der Weltkultur. In ähnlicher Weise ist der Engländer davon überzeugt, daß die Welt am leichtesten dadurch besser machen könne, daß man sie englisch macht. Aus dem russischen Raum tritt das rote Reich der Sowjets mit dem Anspruch auf Weltberühmtheit hervor und übernimmt in erweiterter und umgekehrter Form die alten Erbkriebe des Panislawismus. Überall finden wir als Grundlage fester Kraftausprägungen oder Weltungsansprüche nach außen ein einheitliches Geschichtsbild, ein einheitliches Urteil über die eigene völkliche Vergangenheit.

Und wir Deutsche? Vierhundert Jahre nach dem Rationalismus der Dreißigjährigen Kriege feiern wir „Die Eilig — Die Kultur Adolf“. Vierhundert Jahre nach dem Einzug des Schwedenkönigs Gustav Adolf führen Deutsche einen von mehr als millionenfachem Interesse erprobten Federkrieg darüber, ob Gustav Adolf zu Pferde oder zu Fuß in den Minderen Dom gelangt ist. Kurzum — je nach den Regeln oder millionenfachen Standpunkt, von dem aus der einzelne Deutsche sich stets gleichbleibend monumentalen. Wenn der deutschen Geschichte betrachtet, bietet sich ein ganz anderes Bild. Wir brauchen nur ein und dasselbe historische Ereignis in einem Schubuch in Berlin, Köln, München und Wien nachzulesen und werden, zum mindesten von der Glaubensspaltung an, in jedem dieser Völkler entweder offen oder in der Evidenz der Verstellung ein verschiedenes Werturteil fällen. Denn nach dem Augenblicke an, da die frühmittelalterliche gesamtdeutsche Politik in Zerplitterungen auseinanderfiel und die schweren innerdeutschen Auseinandersetzungen ausbrachen, hatte die Bewertung geschichtlicher Vorgänge unter dem Gesichtspunkt des Ruhens für die Gesamtheit nur noch folgenden im luftleeren Raum als Spielort ganz unabhängiger Denker Platz. Im allgemeinen wurden von den territorialen Geschichtsschreibern die gegenseitigen deutschen Auseinandersetzungen nicht als Rationalismus vermerkt, sondern unter dem Vorzeichen der „Kolonialpolitik“ in einzelnen territorialen Merkmalen anerkannt oder abgelehnt. So mußte die deutsche Geschichtsschreibung entstehen, die die Herausbildung einer gesamtdeutschen Geschichtsauffassung verhindert und uns insbesondere die beiden gefährlichsten Ausprägungen vorenziger Geschichtsbilder befeuerte: die preußisch-deutsche, protestantisch beherrschte, kleindeutsche Geschichtsauffassung und die österreichisch-italienische, habsburgische, katholische, gesamtdeutsche Geschichtsauffassung. Der Kreis schloß dem großen Preußenkönig und Maria Theresia sich gemäßigter geistig noch heute weitergerichtet in zwei verschiedenen Bildern deutscher Vergangenheit. Dennoch wagen wir zu behaupten, daß es ein Erfolg für gesamtdeutsches Denken werden müßte, wenn man unter einer gesamtdeutschen Wertordnung in Berlin eine Maria-Theresia-Ausstellung und in Wien eine Friedrich-der-Große-Ausstellung veranlassen würde. Denn dann würde sich zeigen, daß beide Gegner Wertstoffe für das einheitliche geschaffen haben. Ob nun Friedrich der Große die Welt und Herzogin Kolonialpolitik oder ob Maria Theresia die noch dem Rückfalten der Kisten entlockerten Donauufer mit deutschen Siedlern erschloß — es sind beide Teile ein und desselben großen Werkes der deutschen Kolonisation. Unserem ganzen deutschen Volk diesesits und jenenseits der Reichsgrenzen den gemeinsamen Blick zum gleichen Standort aus auf die deutsche Geschichte frei zu machen, ist vordringliche Aufgabe!

So müssen wir es lernen, Refflements, Prestige- und Ausmachtpolitik aus unserer Geschichtsbildung zu beseitigen und das große Gemeinsame zu leben, das uns knüpfen muß. Denn hier hatte sich seit dem Zusammenbruch des Deutschen Bundes und dem Zerbrechen Österreichs aus dem kleindeutschen Reich von 1871 ebenso wie im Deutschen Reich selbst, eine geschichtliche Wende vollzogen, die das Deutschland Österreichs und das des Reiches gewissemaßen mit dem Rücken aneinanderstellte. Während das junge Reich sich überziehen weltpolitischen Aufgaben zuwandte, führte Österreich in obenstehenden Formen das große Werk der Inkonsolidation fort. Dadurch aber, daß das Deutschland Österreichs etwa 12 Millionen Menschen — diese Politik nicht mehr als Teil einer bewussten gesamtdeutschen Willensgemeinschaft betriebe, sondern nur als eine, wenn auch geistig führende, Minderheit innerhalb eines völklichen Großstaates, konnte die allmähliche Fortentwicklung der Donaumonarchie von deutschen Staatsgedanken nicht ausbleiben. Mit der eigenen, vom Reich unabhängig und von besonderen Gesetzen abhängigen italienischen Exzellenz; trieb die österreichisch-italienische Auffassung von Vergangenheit und Sendung immer mehr von der im Reich herr-

schenden Gesichtsauffassung ab, die den Südoften auch nicht berücksichtigte, ja vielfach geringschätzig beurteilte. Die österreichische Gesichtsauffassung war demzufolge vor dem Zusammenstoß der Donaufrontiers die weitestreichende. Dieses Großostes, dem österreichischen Deutschland häufig neue Aufgaben stellte. Sie war verständlich in der Zeit des Liberalismus, der in einer Überbripung des nurfaulischen Denkens das Volk als treibende Kraft in der Geschichte vernachlässigte und der Zersplitterung auf allen Lebensgebieten Vorschub leistete.

Unverkennbar aber ist diese österreichische-österrische Gesichtsauffassung in einer Zeit, in der von dem großen Donauraum nur ein Gefäß — ein Volk mit 6 Millionen Einwohnern, von denen 2 Millionen in der Hauptstadt wohnen — übrig geblieben ist. Unverkennbar wäre es, wenn jemand glauben wollte, auf dieser nurfaulischen Auffassung eine neue Donaupolitik aufbauen zu können, zu einer Zeit, da die Völker ermdet sind. Nicht einmal ein „politisches Glück im Winkel“, das sich gelegentlich mit der Weiterführung der dürftlichen Existenz begnügt, läßt sich auf der Ideologie des „österreichischen Menschen“, der angeblich vom reichsdeutschen so verschieden sein soll, aufbauen. Denn einmal bedeutet jedes Versehen von der gesamtdeutschen Volksgemeinschaft für die Deutschen Österreichs einen geistig-kulturellen und materiellen Schaden. Dann aber befindet sich Österreich räumlich in einer so gefährlichen Spannungsspanne, daß es mit dem Vertrauen auf die ewige Neutralität nach dem Müller der Schweiz bittere Enttäuschungen erleben würde. Die Schweiz liegt in einem Raum, der kaum mehr als umkämpft getten kann. Österreich aber liegt in einem Raum der Entscheidung, in dem es Partei ergreifen muß,

ob es will oder nicht. Jede andere Parteinahme aber als die für das gesamte Völkertum müßte für das Reich wie für Österreich gleich verhängnisvoll sein.

Die Parteinahme im Sinne der Einheit des Deutschstums wird in Österreich erfolgen. Denn es gibt allerdings einen Typus des österreichischen Menschen. Einen ganz anderen allerdings als den, den manche Großgeschäftsbahner einer vergangenen Zeit gegen den deutschen Menschen auspielen zu können glauben: Den österreichischen Menschen, der die besondere deutsche Sendung Österreichs erkennt, die jüdische Nation des deutschen Volksbodens zu mahnen; der die alte Kulturarbeit im Südoften als gesamtdeutsche Aufgabe im Donauraum ansieht; der in der Vergangenheit das Deutsche jedoch nicht sieht, um die große Vinte der völkischen Geschichte die Zukunft fortzuführen. Dieser österreichische Mensch gab es in Österreich früher als man im Reich begann, sich der gesamtdeutschen Gesichtsauffassung zu nähern. Solche „österreichische Menschen“ müssen alle Deutschen im Staate Österreich wie im Reiche sein. Die Einigung der Nation in der Gegenwart aber wird zugleich die Einigung über die Auffassung der deutschen Geschichte und über die deutsche Sendung in der Zukunft bringen. „Los Allomands... die Autrichiens... die Deutschen... die Österreicher...“ jenseitiger Wert werden nichtig, nur noch einige Zeit geüblicher Rundfunkapparate finden die sie empfangen. „Aufnahmegeräte Herzen aber finden sie nicht mehr.“ Denn die deutschen Herzen tragen heute in aller Welt die volksdeutsche Urarbe in sich, die nicht nur Ruhe kommen wird, ebe nicht das Ziel des Gleichklang der ganzen Nation erreicht ist.

Dr. Kurt Trampler, München.

Östland-Woche.

Der Zerfall der Christlich-Demokratischen Partei.

Die Christlich-demokratische Partei Korfantsky, die vor allem in Oberösterreich stark vertreten ist, ist in der Auflösung begriffen. Das heißt, jede Ainge zwischen Grazjuki und Korfantsky scheint jetzt endlich mit einem Siege des Wohlwollens über den alten Rebellführer zu enden. Besonders für die innere Schwäche der Christlich-Demokraten war ihre Haltung in der Frage der oberösterreichischen Gemeindevahlen: die Partei, die Jahre hindurch eine energische Verfechterin der oberösterreichischen Selbstverwaltung und eine erbitterte Gegnerin der Wirschauer Zentrale gewesen war, fügte sich hier noch einigem Widerstreben dem Antrage der Regierungspartei auf Vertagung der Kommunalwahlen um zwei Jahre.

Einige Abgeordnete der Korfantsky-Partei im Schlesischen Sejm haben aus der offensichtlich Mangelhaftigkeit ihrer Partei die Konsequenzen gezogen. Sie sind zur Vertagung der Partei übergegangen. Zu ihnen gehört auch der bisherige Leiter der „Polonia“-Druckerei des Ratomitzer Korfantsky-Blattes, der jetzt die kaufmännische Leitung der „Polska Jozobnina“, des Blattes des Wohlwollenden Grazjuki, übernommen hat. Im Wirschauer, Lohrer und Krakauer Gebiet ist die Partei gleichfalls durch Aufspaltung erheblich geschwächt. Auch in den Gemeindevahlen in Polen und Donnerellen, wo sie ohnehin niemals besonders stark gewesen ist, hat sich die ganze Schwäche der Partei offenbart.

Am 14. Januar findet in Königshütte die Jahresversammlung der Christlichen Demokraten statt; hier muß Korfantsky mit dem Abtrünnigen und Gegnern im eigenen Lager abrechnen.

Die Reichsdeutschen in Titauen.

Die den deutschen Staatsangehörigen in Titauen erteilten Arbeitsbewilligungen laufen fast alle im Januar ab. Wenn auch der Aufenthalt als solcher zum Teil noch für drei Monate bewilligt sein dürfte, so wird durch die Entziehung der Arbeitsmöglichkeiten bei vielen noch kaum ein weiterer Aufenthalt in Frage kommen. Man rechnet, daß hieron ungefähr 3000 Personen, Männer, Frauen und Kinder, betroffen werden und daß etwa 800 Reichsdeutsche Arbeitnehmer keine Arbeitsbewilligung mehr erhalten werden.

Rein deutscher Rassenart in drei Kreisen.

Kadom zwei deutschen Arten die Rassenfrage bereits am 1. November des vorigen Jahres entzogen worden war, ist nunmehr auch der letzte deutsche Art in Hohenalja die Rassenfrage, die er seit 17 Jahren ausübte, mit Jahresbeginn genommen worden, so daß in den Kreisen Hohenalja, Moslino und Streino kein deutscher Art als Rassenart mehr tätig ist.

Polnischer Agitator verurteilt.

Im Schnellverfahren wurde vom Schöffengericht Dauenburg der Geschäftsführer des polnischen Schulvereins für Ottomannen, Lehrer Edmund v. Styp-Rekowjki (Witno) wegen Verleitungung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in einem Witaener Lokal schmerzliche Verleumdungen gegen die SM und SS, ausgeführt. Vor Gericht betritt er, diese Vorwürfen gegen sie zu haben. Durch die Aussagen von sechs Zeugen wurde der Polen-Agitator aber überführt.

Erster Wählerlof der NSPD.

Bei den Betriebsratswahlen auf der „Maxgrube“ im Mithakom haben die politischen Nationalsozialisten erstmalig ein Mandat erobert. Auf die Liste der politischen Nationalsozialisten fielen 159 Stimmen. Dieser erste Wählerlof der NSPD hat überall größtes Aufsehen hervorgerufen.

Deutsche Ortsnamen in Estland verboten.

Die estnische Völkerverwaltung hat eine Verfügung erlassen, laut welcher der Gebrauch der deutschen Orts- und Straßenbezeichnungen in Estland im Postverkehr in Zukunft verboten ist. Auch die doppelprachige Anweisung der Ortsnamen ist verboten. Allein zulässig sind die estnischen Ortsbezeichnungen. Postsendungen, die diese Vorschriften nicht entsprechen, werden von der Beförderung ausgeschlossen. Diese Bestimmung tritt im inner-estnischen Verkehr ab 15. Januar 1934, im internationalen Verkehr ab 15. Februar 1934 in Kraft. Die „Revalische Zeitung“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß diese chauvinistische neue Bestimmung dazu ansetzt, die Vermischung auszulösen. Die deutschen Bezeichnungen waren zum Teil im internationalen Verkehr völlig eingebürgert. Das galt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich, die skandinavischen Staaten und England, wo z. B. der Name Reval allgemein bekannt ist, während die estnische Bezeichnung Tallinn bisher nur wenig gebräuchlich ist. Daß es sich hier nicht um eine polnische, sondern um eine polnische Maßnahme handelt, geht ferner aus der Tatsache hervor, daß auch doppelprachige Anschriften verboten sind.

NSKOB scheidet im Osten.

Auf der ersten Reichstagung der Nationalsozialistischen Kriegsoffiziersorganisation hielt der Reichsführer der NSKOB, Wg. Oberländer, eine programmatische Rede über die Aufgaben der Kriegsoffiziersorganisation. Er teilte dabei u. a. folgendes mit: „Wir haben in der Vergangenheit allein in einem preussischen Provinz rund 1000 Morgen Land zum Teil geschenkt bekommen, zum Teil zu einem Preis erworben, den man als geschenkt bezeichnen muß, und in diesem Landkreise in der deutschen Okkupationszone wird nun im kommenden Frühjahr und Sommer eine Kette von Soldatenjünglingen entlassen. Auf dem Boden, der das Blut der deutschen Soldaten getrunken hat, sollen nun deutsche Soldaten den Pflug führen.“

Sie sollen aber nicht der Meinung sein, es müßte nun jeder Jüdin, einer, der die fünf Generationen im Bauernhof und Gutshaus mer, wird sich als Bauer nicht Jüdin lassen, Jüdin lassen wird sich der, der in der ersten Generation in der Stadt ist und in der Tiefe seiner Seele noch die Sehnsucht trägt, Wurzel zu schlagen im deutschen Heimatboden. Den ziehen Sie heraus und dabei lassen Sie nun Ihre Beziehbunden spielen in den Stellen, die Grund und Boden zu verteilen haben. Aber ich darf Sie auf etwas aufmerksam machen. Diejenigen, die mir zum Siedeln aufstehen, sind in ihrer Befandtheit schon so geschädigt, daß nur der beste und am leichtesten zu bearbeitende Ackerboden für sie in Frage kommt. Sagen Sie das bei jeder Gelegenheit: Der beste Boden Deutschlands ist gut genug, um die Soldaten, die Deutschland verteidigt haben, anzulieden.“

Der Kampf um die deutsche Erziehung des Hulfshiner Kindes.

„Mit Ruhe und Vertrauen kehret zurück in Eure alte Heimat. Die freie (Friedenslohnliche) Republik ist ein demokratischer Staat, in welchem immer und überall das Recht und die Gerechtigkeit entscheidend und entscheidend wird. In unserem Staate sind alle Bürger gleichberechtigt, sowohl in politischer als auch in nationaler und religiöser Hinsicht.“ Diese berühmten Worte des ehemaligen tschechoslowakischen Vizepräsidenten E. Benes, die die Rundschau anlässlich der Befreiung des Hulfshiner Völkchens vom 4. Februar 1920 enthält, sind nur eine leere Phrasen geblieben. Sonst anders sieht es in Wirklichkeit im Hulfshiner Völkchen aus. Im politisch verfallenen Gebiet ist noch heute der verschärfte Ausnahmezustand; Willkür und Haß gegen alles Deutsche feiern hier wie in anderen Gebieten des Reiches Triumphe. Der größte Kampf gegenwärtig um die deutsche Erziehung des Hulfshiner Kindes geführt.

Es ist nicht unbekannt, daß die Tschechen am 1. September 1920 sämtliche deutschen Schulen, außer denen in den Gemeinden Jauditz und Schöm, in tschechisch umgewandelt haben. Die Eltern erreichten durch einen Schulstreik, daß den einzelnen Klassen, angefangen vom zweiten Schuljahr, vier Stunden deutscher Sachunterricht erhalten blieb. Durch diese Maßnahme war jedoch eine deutsche Erziehung des Hulfshiner Kindes nicht gewährleistet, da die tschechischen Lehrer kein Interesse an einer Förderung der deutschen Sprache hatten. Meistens erließen Märchen und Wanderungen dieser Unterricht. Der größte Opfer gebracht, aber der Ausnahmezustand verhindert die Schaffung von deutschen Unterrichtsanstalten. Durch fragwürdige Zahlungsmethoden hat man bei den Volkskassen 1921 und 1931 das deutsche Element auf 198 v. H. und 114 v. H. herabgedrückt und damit einen Deckmantel für die unangenehmen Maßnahmen für die Zukunft geschaffen. Daß sich die Besondere des Hulfshiner Kindes in der Praxis nicht allen herabnehmen mit über 65 v. H. zur deutschen Rationalität bekannt, ändert nichts an der Lage.

Um dem deutschen Kinde eine deutsche Erziehung zu gewährleisten, fürchte das Volk nach neuen Mitteln und Wegen. Eine Abordnung von Männern aller Gemeinden trat beim Schulminister in Prag vor, jedoch ohne Erfolg, da man an dieser Stelle nur versprach, die Verhältnisse zu überprüfen. Bei diesem Versprechen ist es auch bis zum heutigen Tage geblieben. In Prag wurde die deutsche Organisation des Hulfshiner Völkchens, versuchte, in den Orten Hulfshin und Pt. Kramarz einen sog. Hausunterricht einzuführen. Es wurden junge tschechendeutsche Lehrkräfte nach diesen Gemeinden gebracht, die nun von Haus zu Haus gingen und die deutschen Kinder einer Familie eine Stunde täglich unterrichteten. Eine schwere Arbeit, aber sie mußte geleistet werden. Der Andrang zu diesem deutschen privaten Hausunterricht war so groß, daß sich die tschechischen Klassen zu schließen anfangen. In den Schulen der ersten und zweiten Jahrganges wurden von Hausunterricht geleistet; die Kinder der älteren Jahrgänge besuchten die deutschen Schulen der benachbarten tschechendeutschen Gebiete. Es gab Gemeinden, wo Volatiz, wo über 50 v. H. aller schulpflichtigen Kinder von deutschen Unterricht erfährt wurden. Für die den tschechischen Unterricht besuchenden Kinder richtete man einen sog. Nachhilfeunterricht an den Abend an.

Die Tschechen suchten, als sie ihren Vernichtungsplan durch den deutschen Abwehrmitteln gefährdet fühlten, durch den deutschen Hausunterricht auch über den Besuch der deutschen Schulen zu verfügen. So machten sie den Deutschen Kulturverband in der Verwurfs, daß er „tschechische Kinder unterrichten lasse und damit keine Statuten verletze. Die beiden Ortsgruppen in Hulfshin und Kramarz wurden aufgelöst, und der private Hausunterricht wurde verboten. Es setzte eine förmliche Jagd nach den Kindern ein, die die auswärtigen deutschen Schulen besuchten. In der Stadt Troppau tämte man durch Aufhebung vieler deutscher Klassen Mangel an Plätzen vor und wollte durch Verdruhen und Abschlossenlassen der Eltern junger, ihre Kinder der tschechischen Schulen ihrer Heimatgemeinde zuführen. Es ist natürlich, daß die Eltern in dieser Zeit arbeitlos geworden, weil er durch diese Maßnahme nicht bezogen ließ.

Der deutsche Privatunterricht mußte auf einer anderen Grundlage aufgebaut werden, um den Tschechen keine gefährliche Handhabe für eine Auflösung in der Zukunft zu geben. Inzwischen hatten die Erziehungsbehörden eine gerichtliche Entscheidung über die Befähigung der oberen Verwaltungsgewalt in der Hinsicht, daß die tschechischen Behörden als ungesetzlich zurückgewiesen wurden. Es sollten auch alle bisher besetzten Schulstellen den Eltern zurückgegeben werden. Da dem Deutschen Kulturverband durch Unterhaltung des häuslichen Privatunterrichts eine Auflösung in der ganzen tschechoslowakischen drohte, wurde ein „Parlamentarischer Schulausschuß“ gegründet. Dieser führte in die Gemeinden, in denen das Bedürfnis zur deutschen Kindererziehung vorlag deutsche Privatlehrer. Die Zahl der Privatlehrer betrug sich zwischen 30 und 35. Anfangs gegen sie wider von Haus zu Haus und unterrichteten die Kinder der tschechischen Eltern eine Stunde im Orte. Der Vorgang, so die Kinder landwärtigen Unterricht erhalten. Opferbereite Bewohner stimmten Bänke zusammen und stellten sie zur Verfügung. So ging es bis zum Jahre 1935. Da wußten sich die tschechischen Parteien ein und forderten die Behörden zum Einschreiten gegen die „Winkelschulen“ auf. Die Folge war, daß aus den

Schulen in Wittkowitz und Mählich-Ortau zunächst 86 deutsche Hulfshiner Kinder ausgewiesen wurden. Jetzt muß es auch die Unterrichtsstellen aufgegeben werden und der Unterricht nur in den Familien bemerkenswert werden. Die Tschechen müssen genau, daß sich diese Art von Hausunterricht heute nicht mehr durchführen läßt. Die Erziehungsbehörden erließen im Dezember 1935 folgendes Schreiben vom Bezirksausschuß Hulfshin:

„Nach den Bestimmungen des § 25 des Reichsschulgesetzes vom 14. Mai 1869 § 62 RG. sind vom Besuch der öffentlichen Schulen diejenigen Kinder befreit, welche zu Hause unterrichtet werden, und nach den Bestimmungen des § 204 der Schul- und Unterrichtsordnung (§ 159 v. 1905) sind die Eltern oder deren Vertreter berechtigt, ihre schulpflichtigen Kinder zu Hause unterrichten zu lassen und aus diesem Grunde sich um die Befreiung vom öffentlichen Schulbesuch zu bemühen. Hierbei ist die Wahl der Hauslehrer oder Erzieher und die Art des häuslichen Unterrichts nicht gebunden oder beschränkt. Da aber durch Ermittlungen, die die Bezirksverwaltung in den Tagen am 21. und 23. Oktober 1935 vorgenommen hat, festgestellt worden ist, daß Ihr Kind nicht zu Hause unterrichtet wird, sondern eine ungesetzliche, strafbare Schule besucht, werden Sie aufgefordert, daß Sie korrekt den oben erwähnten gesetzlichen Bestimmungen nachkommen und unersäglich erwachen, daß Ihre Kind nach den gesetzlichen Bestimmungen unterrichtet wird. Im Falle, daß dies nicht erfolgt, wird gegen Sie nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen eingeschritten werden. Es wird auf die weiteren Bestimmungen des § 205 der genannten Schul- und Unterrichtsordnung aufmerksam gemacht, nach denen die Eltern oder ihre Vertreter verpflichtet sind, den Anordnungen des Bezirksausschusses nachzukommen, und werden Sie ersucht, binnen acht Tagen anzuzeigen, wie dieser Anordnung Folge geleistet werden ist.“

Da die Tschechen im Prager Senat eine Verknüpfung über die sogenannten deutschen „Winkelschulen“ im Hulfshiner Völkchen eingeleitet hatten, beantragte der deutsche Senator Graf Dr. Stieberg diese Verknüpfung, um über die tatsächlichen Verhältnisse auf dem Schulgebiet zu berichten. Er führte u. a. aus:

„Vor einigen Wochen wurde die Aufmerksamkeit des Senats durch eine Interpellation auf die Schulverhältnisse im Hulfshiner Bezirk gelenkt. Auch wir sind der Ansicht, daß dort ein Wandel dringender geboten ist. Im Hulfshiner Völkchen gibt es zwei rein deutsche Gemeinden, welche deutsche Volkskassen haben. Für die übrigen 6026 deutschen Bewohner besteht keine deutsche Volksschule. Nicht in der Stadt Hulfshin die unter 4700 Einwohnern 1432 Deutsche zählt, und nicht in den zusammenhängenden Gemeinden mit 1108 Deutschen, nicht in Volatiz mit 414, nicht in Eudgerstal mit 454 Deutschen, und doch steht es außer Zweifel, daß in allen diesen Gemeinden die Anzahl von 40 deutschen Schulkindern vorhanden ist, welche nach dem Gesetz 189 von 1919 den Aufwand zur Errichtung einer öffentlichen Schule geben. Dies sind Bevölkerungsgruppen und die Zahlen der öffentlichen Volkskassen. Nach den Bekanntnissen gerichtlich, wäre die Zahl der Deutschen erheblich größer. Ich möchte darauf hinweisen, daß nach den Grundrissen, welche im polnischen Vertrag 1926 und in Entschleunungen des permanenten Gerichtshofes im Haag anerkannt wurden, hinsichtlich des Schulbesuchs der Kinder ausschließlich das freie Bekenntnis maßgebend ist. Wenn den deutschen Eltern das Recht auf den Unterricht ihrer Kinder in ihrer Sprache verweigert wird, dann bleibt ihnen, wenn sie nicht in der Lage sind, Privatlehrer zu halten, nichts anderes übrig, als ihre Kinder in die Schulen anderer Völker oder in die sogenannten Winkelschulen zu schicken. Es gibt nur eine Art, dem abzuwehren, nämlich durch Gesetzen entsprechend in den Gemeinden, in denen 40 deutsche Kinder vorhanden sind, deutsche Schulen zu errichten. Alle diesbezüglichen eingehenden Gesuche sind bisher unerledigt geblieben.“

Diese Ausführungen sind im Dezember 1935 gemacht worden, also in einer Zeit, da man besonders dort an die deutschen „Winkelschulen“ im Hulfshiner Völkchen heranging. Es ist Tatsache, daß die Tschechen alle bisherigen Eingaben der deutschen Botschaft in Prag an andere Stellen nicht weitergeleitet haben. Das Hulfshiner Völkchen, die die Tschechen es immer betonen eine ererbte Domäne der Regionäre. Über das Schicksal der deutschen Kinder in Kramarz ist noch nichts entschieden. Es steht aber fest, daß durch die Auflösung der nationalen Parteien in der tschechoslowakischen und die Position der Deutschen in der Troppauer Stadterneuerung so geschwächt wird, daß man dann einen Beschluß über die Zustimmung der dortigen Schulen besuchenden Hulfshiner Kinder herbeiführen kann.

Bernhard Jansch.

Die Ausstellung

„Der Offen
das deutsche Schwickland“
erwartet auch dich!

Die Verjudung Polens.

Die „Glysmowica“, das Organ der polnischen Nationalsozialisten, veröffentlichte am 13. September 1933 einen Offenen Brief an den Wojewoden Wrazynski. Darin wird verurteilt, die Aufmerksamkeit des Wojewoden auf die Judenfrage zu lenken, mit der sich weit über die Kreise der NSDAP hinaus die Öffentlichkeit beschäftigt seit längerer Zeit eingehender und leidenschaftlicher Begeisterung als es den Umständen Stellen ließ zu sein. Insbesondere wird es Wrazynski selber vorgeworfen, die Judenfrage ständig mehr in den Vordergrund des allgemeinen Interesses gerückt zu haben. Denn letzten Endes richten sich die Beschwerden über die zunehmende Verjudung Oberschlesiens gegen ihn als den verantwortlichen höchsten Beamten dieser Wojewodschaft. An der „Glysmowica“ ist einleitend zwar von dem „guten Willen“ und der „grenzenlosen Aufopferung“ des Wojewoden die Rede; dann folgt jedoch die erschütternde Mahnung: „Überallhin Sie, Herr Wojewode, ist es auch biergenau, die die polnische Volkswirtschaft in Oberhschlesien mitbrauchen, werden Sie des Vorgehens der Juden Sperrt. Wir wissen, daß diese Angelegenheit heikel ist und von einigen hochgestellten Faktoren . . . schlecht verstanden wird.“ Dann heißt es weiter: „Gleich kommt noch Rattomij mit den Krüzigen Kaufende von Juden und Jüdinnen aus Sosnowitz, Wenden, Oklask und anderen Städten und Städtchen Kongregopolens. Diese jüdischen Massen kommen in die kleineren jüdischen Gebieten und offenen Fabriken und arbeiten dort handig. Fremde Juden finden bei den hiesigen Juden Arbeit, während in Oberschlesien fast kein Pol, der Polen arbeitslos und brotlos sind! . . . Ja, 80 v. H. der Häuser in Rattomij befinden sich bereits in jüdischen Händen. Die Juden hier können heute sagen: „Wer habt die Straßen, wir aber haben die Häuser.“ Die Juden kaufen die Häuser von den Deutschen auf, die mit dem Gelde ins Ausland reisen. Und diese Juden werfen manchmal die polnischen Mieter aus den Wohnungen hinaus, in denen sie und ihre Eltern geboren wurden. Sie werfen sie hinaus, um einen jüdischen Mieter aufzunehmen, um für die neuen Platz zu machen. Gibt es kein Mittel, um dem vorzubeugen? . . . In den Städten Oberschlesiens, heißt es dann weiter, tobe ein harter und furchtbarer Krieg zwischen Völkern, die „miteinander um jeden Kaufmann, um jeden Verkaufstand, um jede Werkstatt und, um damit zusammenhängend, um die Macht und um die zukünftige Herrschaft über das Land und über den Staat kämpfen. . . . Die Statistik der letzten zwei Kriegsjahre ist furchtbar! Der polnische Wirtschaft ist zum Zusammenbruch gestürzt! Die jüdische Wirtschaft wächst und gedeiht. Die Juden von Krakau und Warschau haben mehrere Dutzend jüdische Textilgeschäfte (in

Rattomij) entfallen nur drei polnische, auf mehrere jüdische Magazine mit fertiger Schabware entfallen nur zwei polnische, und so verhält es sich mit allem! . . .“

„Das Gele!“ So fährt dann der Offene Brief der „Glysmowica“ fort, „sticht auf dem Standpunkte einer vollkommenen Gleichberechtigung des Juden mit uns Polen. Aber die Juden sind nicht mit uns gleichberechtigt, sondern sie werden zu unserer Ungunsten bevorzugt. . . . Und heute, so der polnische Kaufmann, der polnische Handwerker und der kleine polnische Industrielle unter der Last der Steuer zusammenbricht und sein Verstand sich immer verkränkt, nehmen die Juden von Tag zu Tag an Macht zu und vergrößert sich ihr Verdienst. . . . Wenn Oberschlesien, Westpolen, aufhören wird, polnisch zu sein und endgültig verjudet sein wird, dann wird es aufhören, der Welt den Wohlstand zu sein, und es wird ein unheilbarer Welten sein. Wir haben eine Westgrenze! Aber die Grenzen des Staates werden erst durch Grenzen werden, wenn der Staat eine wirkliche Kraft zu ihrer Verteidigung hat. Und die erste Verteidigung der Grenzen hängt doch von dem Willen zur Verteidigung der Grenze durch die Grenzbevölkerung ab. Es wäre interessant zu wissen, wer nötigensfalls diese Grenze mit Wärfen und mit mütigen verteidigen wird, der Jude oder der Pole?“

Die „Gazeta Warszawska“ vom 29. Dezember brachte einige Angaben über die Verjudung des jährlichen Wertes in einigen polnischen Städten. In Pody gibt es 233 jüdische Dentisten und 30 christliche. Jerner sind dort 85 v. H. der Gabelstapler Juden. In Krakau sind 38 v. H. der Zahnärzte und 65 v. H. der Zahnmeister und Dentisten Juden. In Warschau sind 650 jüdische Dentisten tätig. Außerdem sind unter den Christen noch eine große Zahl jüdischer Juden, was zeigt, daß die Juden sich in Wirklichkeit noch erheblich höher stellen, als er in obigen Zahlen erscheint. Die Firmen, die Zahnärzte mit Werkzeugen und Material beliefern, sind in Krakau fast ausschließlich in jüdischen Händen, nur eine einzige Firma ist in polnischen Besitz.

Die „Gazeta Warszawska“ wendet sich gegen die Gefahr, die der polnischen Wissenschaft durch die Verjudung der Universitäten drohe. „Das Blatt zählt die an der Universität Krakau angestellten jüdischen Professoren, Dozenten und Vektoren auf. . . . Es sind insgesamt 20, moonen 6 auf die juristische, 2 auf die mathematische und 3 auf die philosophische Fakultät entfallen. Unter den Vektoren befinden sich zwei Juden und eine Jüdin.“

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Der Bundesführer.

Dank.

Zum Jahreswechsel sind mir von Mitgliedern des Bundesführerates, von Bundesführern, Untergruppen- und Ortsgruppenführern sowie von anderen Mitgliedern des Bundes Deutscher Osten und Mitarbeiterin des „Ostland“ herrliche Wünsche in großer Zahl eingegangen, und immer noch folgen solche ein. Ingleich mit meinem Dank erwidere ich diese Bekanntschaft der Szene aus herzlichst. Ich erlobe aus ihnen, mich nach wie mehr und mehr mit der Arbeit des BDO verbunden fühlen. Glückwunsch zu neuer Arbeit und neuem Kampf im nächsten Jahre des nationalsozialistischen Deutschland!

Heil Hitler!

Dr. Franz Lüdtke.

Diethrich-Eckart-Feier in der Ostausstellung.

Die „Nationale Arbeitsgemeinschaft Frau und Werbung“ in der Deutschen Arbeitsfront veranstaltete am 6. Januar in der Ehrenhalle der Ostausstellung eine Gedenkfeier für Diethrich Eckart, Fräulein Will, die Mitarbeiterin der Sekretärin der Abteilung für Frauenfragen beim Gesamtverband der deutschen Arbeiter, Fräulein Kauerer, gab eine sehr anschauliche und eingehende Einführung in das Leben und Wirken von Diethrich Eckart. Sie würdigte ihn besonders als Vorkämpfer der politischen Bewegung, schloß seine Beteiligung an den Revolutionsereignissen in München, wo Diethrich Eckart zusammen mit Alfred Rosenberg und Rudolf Heß gekämpft hat. Sie sprach dann von seiner treuen Gefolgschaft für Adolf Hitler, seinem Gabe und der Dankbarkeit, die der Führer ihm bewahrt hat. Dann erzählte Frau Lüdke von der Diethrich Eckart in früherer Jugendzeit näher kennengelernt hat, aus einem ganz anderen Lebensabschnitt des Dichters. Die Zuhörer lernten ihn als guten Freund und als ringenden Künstler kennen, wie er in den Jahren vor, als sein Werk „Der Strohkönig“ in Berlin aufgeführt wurde. Zum Schluß sprach Fräulein Margta Heyne einzelne bedeutendere schone Stücke aus Diethrich Eckarts Werken. Sie mußte durch ihren Vortrag die Zuhörer so begeistern und die viele Empfindung des Dichters sehr nahe zu bringen und gab damit der Gedanklandschaft einen stimmungsvollen Ausklang. Die Arbeitsgemeinschaft Frau und

Werbung hatte auch verschiedene andere Frauenverbände eingeladen, die die Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung gleichzeitigt benutzten. Außer dem Amt für Frauenfragen in der Deutschen Arbeitsfront, dem die Arbeitsgemeinschaft angegeschlossen ist, waren vertreten: Die Frauenhilfe des Bundes Groß-Berlin, die Reichsverband landwirtschaftliche Frauen-Vereine, die Reichsvereinigung deutscher Hausfrauen und andere Frauen-Vereine. P. v. D.

Rück auf der Ostausstellung.

Am Rahmen einer Führung zahlreicher Mitglieder des Kampfbundes für Deutsche Kultur durch die Ostausstellung des BDO sprach am 4. Januar in den Ausstellungsräumen Dr. Heinrich Bauer, der Verfasser des bekannten Buches „Geburt des Ostens“, über die Erschließung des deutschen Ostens durch die Ordensritter! Einem fünfjähriegen Kampf und der Eröberung des „Dreihundertlandes durch die Ordensritter, seien der Kampf mit dem „Blug, die hitlerähnliche Bezeichnung des Landes mit Hundert-tausenden von Siedlern, eine heroerrögende Agrarökonomie, die in der Schaffung des Groß-Berlin, des Reichsberand landwirtschaftliche Bauern spielte. Großzügige Weidweiden und Bewässerungsanlagen, wie sie auch heute wieder aufgenommen würden, hätten bald zu einer allgemeinen Blüte und zum Wohlstand Ostpreußens beigetragen. Herrliche Baudenkmäler aus jener Zeit, so vor allem die Marienburg, legten beredtes Zeugnis hierfür ab. Dann sei mit dem polnisch-litauischen Bündnis das ungenutzte Verhängnis, das mit der frühbarbaren Vorkriegs-Ökonomie im Jahre 1410 befragt wurde, beendet. König Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große hätten dann, die Ränge der Ordensritter wieder aufleben lassen und durch hervorragende Leistungen ein durchweg deutsches und wirtschaftlich heroerrögend durchorganisiertes Land geschaffen. Von der heutigen Staatsführung, so schloß Dr. Bauer, seien die alten Ordensgrundstücke zum Teil bewahrt wieder aufgenommen worden, Grundstücke, die auf der unbedingten Gebotenspflicht und der absoluten Unterordnung unter den Führer beruhten. — Dem Vortrag schloß sich eine Führung durch die große Ausstellung an.

Die Landesgruppe Berlin veranstaltete eine Lesung, an der eine große Anzahl prominenter Persönlichkeiten teilnahm. In der

Höhen Räumen des Herrn Rubiersky in Vöhrterfeld bei Jan u. a. den höchsten Gebirgen beim Reich, Graf von Hohenberg, den bayerischen Gebirgen. Minister Herr von Vöhrter, Grafen Dr. Dalz, den Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O., Dr. Eichler, die Leiterin der Gutsverwaltung, Frau Sikenmacher, Ministerialdirektor Dr. Dost, Obergeldrat der H. J. Rabersberg, den Generaldirektor der Nitro, K. F. K. K. und Vertreter der verschiedenen Ministerien. Drei öffentliche Kasse aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts, gestiftet von dem Stichwärt der Kammererziehung des Maximilian III. der 15. SS. Standarte, leiteten die Leiter an ihnen letzten Vöhrer von Hohenberg-Königsberg aus dem Jahre 164/5, in vollendeter Weise gefangen von der Oberinsängerin Edith Gell-Dehrück. Es war alle sprechliche Volksmusik, die hier gegeben wurde und lebhaftesten Beifall fand. Dann sprach Ministerialrat Prof. Dr.

Barthele über „Deutsches Volkstum“. Alles Theoretisieren über Volkstum, alles Reden und Schreiben habe keinen Zweck; Volkstum muß man erleben. Was man im Vöhrer, mitten im Volk gefangen habe oder habe, der sich könne dieses Vöhrerlich annehmen, im deutschen Volkstum einzutreten. Mit einem Satz soll Vöhrerlich können man nicht deutsche Offenbarung treiben, und nicht ein einziger Bauer wäre imlande, sich zu behaupten, der vom Volkstum nur theoretisch erfüllt sei. Der Bund Deutscher Offen muß arbeiten an dem Ziel, daß solche Leute im Osten angelegt würden, die die ungetroffene Kraft echten Volkstums besitzen. Erst dann würde man einen Wall im Osten schaffen, der durch die verschiedenen Vöhrerlich kommen. Nach dem 2. Satz aus dem Streikbrot „Satzung zur Vöhrerlich“ und einigen Liedern von Dr. Ludwig Gellert, der für die musikalische Ausgestaltung der ganzen Feier sorgte, wurde das Programm beendet.

Buchbesprechungen.

Lebendiger und verbreitet die „Ostdeutschen Monatshefte“

Neue Werke von Carl Lange und S. v. d. Trenk. Seit über einem Jahrzehnt habe ich im „Ostdeutschen“ auf die „Ostdeutschen Monatshefte“ hingewiesen, eine wichtige, bedeutungsvolle Zeitschrift jenseits Ostmark. Sie wird von unserer hiesigen Mitarbeiter Carl Lange, Oliva bei Danzig, herausgegeben und vereint in ihren Spalten die besten Namen des deutschen und namentlich des ostdeutschen Schrifttums. Durch 15 Jahre haben die „Ostdeutschen Monatshefte“, auch in den schwierigen Zeiten des „Syllabus“, tapfer für Ostdeutschland gekämpft. Der Name des Schriftstellers, Dichters und Majors a. D. Carl Lange hat einen großen Klang im Osten.

Der Bund Deutscher Osten widmet sich dem Kulturbau der Ostmark. Das gehört, daß die Zeitschriften und überhaupt das Schrifttum des Ostens tatkräftig gefördert werden. Wir erwarten, daß unsere Landes- und Ortsgruppen, in erster Linie die Danziger, ost- und westpreussischen Gruppen und Arbeitskreise, sich euerfür für die „Ostdeutschen Monatshefte“ einsetzen, die im Verlag Georg Stille, Berlin, erscheinen und die in ihren abgemessenen wie ihren Sonderausgaben eine wahrhafte Fundgrube für das Wissen um die ostdeutsche Kultur sind. In einem Auswahlschreiben habe ich den Landesführern des VVO, die Förderung der „Ostdeutschen Monatshefte“ zur Pflicht gemacht.

*

In diesem Zusammenhang (der „Danziger Volkstote“) Carl Lange wurde kürzlich erwähnt) seien zwei neue Herausgaben des Krowprin in vorläufiger Bearbeitung und Ergänzung der Vöhrerlich des Dritten Reiches vorgelegt und tritt damit wiederum, wie einst in den schlimmsten Jahren der roten Zeit, für seinen Freund und Kameraden ein. Das Werk ist außerordentlich lesenswert und enthält in aller Ehrlichkeit das menschliche Wesen des Krowprin — auch im Verhältnis zur Gegenwart, zur nationalsozialistischen Revolution, die er durchaus bejaht. Ein zweites Buch behandelt „Das stehende Schicksal der Krowprin von Kantenberg“, jenes Wandernetz des Danziger Reinhold Mantau, das in der Nähe des Kantenberg-Denkmal aufgestellt ist und dem Gang der Schlacht durch Aufstellen von Säulen, durch die die deutschen und russischen Heereskräfte in ihren jeweiligen Stellungen sichtbar werden) erläutert. Beide Bücher Carl Langes im Schließen-Verlag, Berlin SW 11; Preise 3,50 RM., bzw. 0,85 RM.

*

Im Schließen-Verlag sind auch Strophen des aus Ostpreußen kommenden, nämlich seines 50. Geburtstages 1932 von uns gerühmten Dichters Siegfried von der Trenk herauskommen: „Volk und Führer.“ (Preis 1,80 RM.). Es liest das Ganze, die Gemeinheits.

Gefühllich an Gefühl gekettet, Gefühl an Gefühl, keine jenseitigen Absche — ein einziger Volk. Und er grüßt den Führer: „Aber schon liegt Gebet für dich aus dem Hüften und Reichen und Armen.

Es ist, als wolle der weiße Welt Gott sich noch einmal erbarmen, Segne vor des Kreuzes Schlag. Das ist ein Ich schon fast in ... Ferner der Himmel die Welt, deutscher Wälder Wald.“

Dr. C. D. K. K.

*

Pilshäcker, von Friedrich Wilhelm von Oerchen. Heft 37 Coloman Kleine Biographie. Verlag von Charles Coleman. Über 1933. 50 Seiten, 0,80 RM. — Der Verfasser der bekannten Bücher „Das ist Polen“ und „Polen an der Arbeit“ legt hier die erste deutsche Biographie Joseph Pilshäcker vor. Er zeichnet in einigen entscheidenden Szenen aus dem Leben die Größe und Tragik des sozialistischen Revolutionärs, des Feldherrn und Staatschefs Pilshäcker, der in Verbindung und Wägen die mehr die Seele des polnischen Volkes verkörpert als ein Name. Obwohl, der Kopf des internationalen, aus Weltanschaulichen Rationalisten, der sich in Biographie „Satzung zur Vöhrerlich“ ist um so faszinierter, als Pilshäcker und „sein Kreis“ heute mehr denn je von der Lösung der Politik Polens bestimmen, und um so mehr, als die

Frage immer dringender wird, ob der alte nationale Sozialist Pilshäcker, nachdem er seine nationalen Ideen mit der Schaffung eines freien Polens vermischt hat, noch die Kraft besitzt nicht, auch den politischen Ideen in Polen zum Siege zu verhelfen. Orten erweist diese Frage. Er sieht in Pilshäcker einen der großen Männer der polnischen Geschichte, deren Tragik es stets war, zur Vollendung ihres Werkes nie die volle Kraft besitzen zu haben, und deren persönliche Tragik zugleich die Tragik des polnischen Volkes ist: als Volk stets ungeliebt und damit ein Unruhefaktor für seine Nachbarn zu bleiben. — Es sieht in Deutschland keine Biographien führender polnischer Männer vor heute. Nur die Kenntnis Polens in der deutschen Öffentlichkeit bedeutet das einen empfindlichen Mangel. Gerade die Gegenwart und die jüngste Vergangenheit des polnischen Lebens ist reich an lebendigen biographischen Themen. Die Verleumdung der Staatwerdung Polens vor der persönlichen Seite her verminderte das Bild, das man sich in Deutschland von Polen macht, ganz wesentlich zu bereichern. Dabei genügt es allerdings nicht, Erinnerungen, die die vielen, mehr oder weniger großen Schöpfer und Mitbegründer des polnischen Staates im Laufe der letzten Jahre über sich selbst verfaßt haben, der deutschen Öffentlichkeit zu übergeben, sondern überlegungen zuzugleich zu machen. Der deutsche Bedarf an solcher Memoiren-Literatur ist hinreichend gedeckt, und an polnischen Biographien aus deutscher Hand, in denen der Betreffende unbedingt ein Held ohne Kurst und Tadel erscheinen muß, das man in Deutschland nicht unterstelle. Was an Lebensbeschreibungen polnischer Männer in Polen selbst vorhanden ist, kann nur als Material dienen, demgegenüber sich ein deutscher Darsteller kritisch stützend einleiten muß. Für den deutschen Leser ist es wohl nützlich, zu wissen, was der Betreffende über sich selber zu sagen hat und wie er von seinen Landsleuten empfangen wird, die eigenen Aufgabe aber hat die zu sein, den Darstellungen unter spezifisch deutschem Gesichtswinkel zu zeigen. Von der Oerchen'schen Schrift kann man sagen, daß sie diesem Erfordernis in dem räumlich engen Rahmen, den sie sich anlehnt hat, entspricht.

Dr. R. K. K.

Der nationalsozialistische Gedanke in der Welt, von Prof. Dr. Carl Hanssofer. Verlag Georg D. W. Callweg, München, 48 Seiten, 0,80 M. — In diesem Heft der von der Deutschen Akademie in München herausgegebenen Schriftenfolge „Das Neue Reich“ untersucht der bekannte Geopolitiker die Voraussetzungen für Entstehung und Wachstum des nationalsozialistischen Gedankens in der Welt. Er sieht in Deutschland, Italien und Japan die Länder, in denen der nationalsozialistische Gedanke in jenseits veränderter Form zum Durchbruch gelangt ist, bedingt durch das Mißverhältnis zwischen Volk und Raum, und anknüpfend an die geistigen Erblasten einer jahrtausendalten Geschichte. „Der größte Drang hochwertiger Jugend ohne Atomzeit und Weltzugänglichkeit“, volksbewegende Jugendkraft ohne Raum“ gehört dazu, nationalsozialistische Bewegungen entstehen zu lassen. Wäcker, denen diese Naumenge nicht und die den großräumigen Weltzugang einer kraftvollen Jugend nicht kennen, wird der nationalsozialistische Gedanke immer etwas mehr oder weniger unverständlich sein; ebenfalls wird sich das Mitleiden dieses Gedankens in diesen Völkern auf eine kleine Schicht von Menschen, vielleicht von hochwertigen Menschen, beschränken. Hanssofer betrachtet im einzelnen die Möglichkeiten und Grenzen für eine Ausbreitung des nationalsozialistischen Gedankens unter den „alten Völkern des Westens“, unter den Völkern, die über riesige Kolonialräume verfügen oder auf kolonialen Ebenen entstanden sind, und unter den Völkern, die in der politischen Balkanzone Mitteleuropas leben oder auf dem uralten asiatischen Kulturboden sitzen. Er kommt hierbei zu Ergebnissen, die man als allgemeingültig und richtungweisend für die nationalsozialistische Auspropaganda anprechen kann.

Dr. R. K. K.



Bücherei des Bundeswappens sind zum Preise von RM. 1.50 beim Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrfstraße 22 zu haben.

